

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 14 Das Blatt erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis 3 Mark pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 23, Claus-Brock-Str. 1. Fernruf: Nordsee 8249. Hamburg, den 2. April 1921 Anzeigen kosten die schlagspaltige Normspaltenzeile oder deren Raum 2 Mark (Der Betrag ist stets vorher einzufenden.) Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile. 35. Jahrg.

Die große Mehrheit unserer Mitglieder für die Aktionsfähigkeit unseres Verbandes.

Erheblicher fast, als unter den ungünstigen allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen erwartet werden konnte, ist die Mehrheit, mit der die in Nr. 10 des „Verbands-Anzeiger“ veröffentlichte Vorlage des Vorstandes und Verbandsbeirates in der Weise die Erhöhung unserer Verbandsbeiträge und die bestehenden Unterstellungen, vor allem bei Streiks, aber auch bei Erwerbslosigkeit und in Sterbefällen von unsern Mitgliedern nunmehr angenommen worden ist. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Filialen, insgesamt 28 von 189, hat die Vorlage abgelehnt, und zwar aus sehr verschiedenen Gründen; in einer größeren Anzahl sind allerdings nicht unerhebliche Minderheiten festzustellen, während aber fast durchwegs auch einstimmige oder diesem nahezu gleichkommende Beschlüsse erlassen wurden. — In den 28 Filialen, die sich zunächst ablehnend verhielten, waren am 1. Januar 1920 8040 Kollegen registriert; von unsern 54 217 Mitgliedern also 15,1 %. (Mit diesem Ergebnis auch noch nicht ganz vollständig, so wird sich nicht mehr viel daran ändern.) — In mehreren Filialen, die dagegen stimmten, hat man die Annahme der Vorlage von sich aus als selbstverständlich angesehen und sofort den erhöhten Beitrag festgesetzt und bestell.

Das diese Zustimmung diesmal nicht so einmütig erfolgen konnte wie zu gleicher Zeit des Vorjahres die Annahme einer ähnlich bedeutsamen Reform, war vorauszusehen. Erstens ist diesmal ungünstig die teilweise vorläufig noch ganz erhebliche Arbeitslosigkeit, die zudem die davon betroffenen Kollegen aus verschiedenen Gründen viel schwerer drückt als in den früheren Jahren, und zweitens ließ sich ein Teil der anfangenden Kollegen leider auch bei dieser rein praktischen Frage, wie das jetzt üblich ist, von parteipolitischen Erwägungen leiten.

Die arbeitslosen Kollegen verwiesen darauf, daß sie nach erfolgter Aussteuerung den erhöhten Beitrag nicht mehr aufbringen könnten, während die Entnahme beitragsfreier Parteien nicht zu empfehlen sei, weil dadurch die notwendige Parteimittel bei Erwerbslosenunterstützung zu sehr ausgedehnt würde. Darum wurde denn vielfach gewünscht, die beitragsfreien Parteien sollten ganz oder zum Teil wie gezahlte Beiträge bewertet werden; andere wieder forderten, es sollten während des Bezuges von Unterstellungen keine Beiträge in Abzug kommen. Natürlich würde die Erfüllung dieser an sich durchwegs verständlichen Anregungen eine erhebliche finanzielle Belastung der Verbandskasse bedeuten, so daß hierfür erst jeder nach Deckung gesucht werden müßte. Deshalb und aus statistischen Gründen konnte diesen Wünschen gegenwärtig nicht entsprochen werden. Während also ein nicht unerheblicher Teil der Mitglieder eine Erhöhung unserer finanziellen Leistungen an die arbeitslosen Kollegen forderte, hielten es andere mit dem Schlagwort „unser Verband dürfe nur Streikunterstützung zahlen, damit er eine reine Kampforganisation sei. Man hörte immer wieder die schon seit Jahrzehnten viele hundertmal wiederholte Behauptung, durch das Zahlen von Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung verbrauchten wir die zum Kampfe erforderlichen Mittel, ohne daß man beachtet, daß ohne die Unterstellungsansprüche der Kollegen in besonderen Notfällen auch außerhalb wirtschaftlicher Kämpfe unser Verband nicht 500 000 Mitglieder zählen würde und auf keinen Fall einen Betrag nur entfernt so hohen Beitrag fordern könnte wie notwendig, um einen höheren Kampffonds zu sammeln, als wir jetzt besitzen. Ohne die teilweise bemängelten Unterstellungsansprüche wären unsere Gewerkschaften nicht die Kampfsorganisationen, die sie tatsächlich sind; das sollte, abgesehen von andern offenkundigen Nachweisen, auch die Tatsache erhellend bezeugen, daß alle Versuche individualistischer Elemente, Gegenorganisationen ohne Unterstellungseinrichtungen zu schaffen, mit niedrigeren Beiträgen stets elend gescheitert sind. Legten die Kollegen vielfach — in Uebereinstimmung mit dem Vorstand und Beirat — den Schwerpunkt auf die Stärkung des

Kampffonds, so erklärten wieder von ganz links her beeinflusste Stimmen, wir sollten uns um den Kampffonds gar keine Sorgen machen; denn die Kämpfe der Zukunft müßten sowieso ohne Unterstellung durchgeföhrt werden. Natürlich haben solche meist fremde Meinungen nur wenig Verständnis gefunden, sinienmalen jeder bei unsern Kämpfen schon mit dabei gewesenem Kollege beobachtet hat, daß jene, die dem Idealismus die größte Rolle zuweisen, den materiellen Regungen in ihrem Innern nicht selten größte Freiheit gewähren.

Unsere Oberfelder Kollegen wiederum haben ausgerechnet, daß wir die um etwa 70 % erhöhten Unterstellungssätze auch schon bei einer Beitragserhöhung von 1 M. gewähren könnten. Hier hat sicher ein allerdings recht hankebüchener Rechenfehler abgewaltet; denn sonst müßte angenommen werden, man wolle unsern Kampffonds durch zu große Unterstellungslastungen zur Aber lassen; das aber möchten wir unsern Oberfelder Kollegen nicht unterstellen. An einigen Orten wollte man dem Verbandsvorstand wegen Überhand von ihm begangener Sünden durch einen höheren Beitrag kein Vertrauensvotum aussprechen, unbestimmt um die Folgen solcher Wohlwollenspolitik für die Organisation; andere wieder wollten nicht, daß wir Geld für die sozialen Baubetriebe übrig behalten, die nach kommunistischer Ansicht aufs schärfste zu bekämpfen sind. Die so propagierte Beitragsperre glaubte eine Filiale, besser durch eine förmliche Erklärungsmitteilung zu erreichen, die in einer andern Filiale, praktisch erprobt, jedoch ein entgegengesetztes Resultat zeitigte. Nach Meinung mancher Kollegen sollte die Angelegenheit noch um einige Monate vertagt werden. Auch die Frage der Staffelbeiträge nach den Stundenlöhnen wurde, besonders in Süddeutschland, wieder angeschnitten.

Wohl bemerkenswert ist die Tatsache, daß in einigen Filialen die Kollegen des Stadtgebietes mit den höheren Löhnen die Beitragserhöhung als unerschwinglich ablehnten oder doch größere Minderheiten dagegen aufbrachten, während in den angegliederten Dörfstellen mit niedrigeren Löhnen die Kollegen vielfach einmütig zustimmten; ebenso beschloßen die Kollegen in einigen Städten mit besonders niedrigen Löhnen höhere Beiträge als in Städten mit höheren Löhnen. Noch bemerkenswerter aber ist, daß in geradezu auffälligem Maße in Filialen mit verhältnismäßig viel in Industriebetrieben beschäftigten Kollegen mit wesentlich höherem Einkommen als die Kollegen in Malereibetrieben gerade die bestgestellten Industriekollegen Opposition gegen die Beitragserhöhung machten, während die Malergehilfen in Erkenntnis des Wertes unserer Leistungsfähigkeit nach allen Richtungen hin den größeren Sinn für praktische Solidarität bewiesen, wobei noch zu beachten ist, daß wir allein im Jahre 1920 mehr als 700 000 M für die wirtschaftlichen Kämpfe unserer Industriekollegen ausgegeben haben.

Wir wollen uns auf diese kurzen Darlegungen der mannigfachen Gründe beschränken, die unter andern in den verschiedensten Filialen gegen unsere Vorlage zum Ausdruck gekommen sind. Sie zeigen jedenfalls, wie verschiedenartig und oft recht widerspruchsvoll die Auffassungen in unsern Mitgliederkreisen über die von unsern obersten Verbandsinstanzen für nützlich gehaltenen Maßnahmen sind. Daraus mögen unsere Kollegen die Unmöglichkeit erkennen, daß wir es etwa allen Mitgliedern recht machen könnten. Deshalb wünschen wir, daß auch jene Kollegen, die zunächst Einwände erhoben haben, nunmehr, nachdem die große Mehrheit der Kollegenschaft in richtiger Erkenntnis des Gebotes der Stunde die Reform beschloßen hat, alle persönlichen Bedenken zurückstellen und im Vertrauen auf unsere Erfahrungen und unsern naturgemäß tieferen Einblick in die Verhältnisse und wirklichen Bedürfnisse der Organisation für die Durchführung der gefassten Beschlüsse wirken.

Wir sind fest überzeugt, daß die Mitte April in Kraft tretende Reform uns in die Lage versetzt, unsern durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, bei Sterbefällen usw. schwer leidenden Kollegen eine größere Hilfe als bisher leisten und außerdem gerade hierdurch unsere Organisation durch eine Stär-

kung ihrer allgemeinen Finanzkraft in fortschreitendem Maße als Kampforganisation befestigen zu können.

Unsere Organisation steht auf dem Boden der weitestgehenden Demokratie, deren oberster Grundsatz aber ist, daß sich die Minorität der Mehrheit fügt. Wir zweifeln nicht, daß dies von allen Kollegen befolgt werden wird.

Das deutsche Baugewerbe und der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Das deutsche Baugewerbe gehört zu denjenigen Wirtschaftszweigen, die durch den Krieg in besonders fühlbarem Grade in Mitleidenschaft gezogen wurden. Wie der Druck der Kriegsverhältnisse die gesamte Wirtschaftsentwicklung hemmte und in abnorme Bahnen brängte, so wurde auch dem normalen Baubedarf ein Zwang angefügt, und insgesamt führten die Kriegswirkungen zu dem Zustand eines jahrelangen, fast vollständigen Darniederliegens der Bautätigkeit. Was an Bauten entstand, diente den Zwecken des Krieges, trug daher vielfach den Charakter des Notbaues und hatte mit dem Ende des Krieges eben keinen Zweck mehr. Der Wust des Krieges ist die Barade, und solches Häusergerümpel sieht jetzt in Deutschland zum großen Teil leer herum.

Abgesehen von den direkten Hemmungen, die der Kriegszustand auf unsere Wirtschaftsverhältnisse ausübte, fehlte es in den Kriegsjahren auch an einer Kontrolle, vor allem aber auch an jeder Voraussicht in der Bevölkerungsentwicklung, und so trat in der Bautätigkeit eben jener jahrelange Zustand des Stillstandes ein, dessen Folgen jetzt in so fühlbarer Weise in die Erscheinung treten.

Es ist nun außerfrü bezeichnend für den abnormen Zustand unseres gegenwärtigen Wirtschaftslebens, daß auch jetzt, wo vielfache und dringende Notwendigkeiten für die Errichtung von Wohnbauten vorliegen, die Bautätigkeit sich auch nicht entfernt in dem Umfange entwickeln kann, der dem Bedürfnis entspricht. Das kleiner gewordene Deutschland ist überbevölkert, und zahllose Menschen, deren Wohnungsnot nicht auf den Mangel an Verbleib und allgemeinen Existenzmöglichkeiten zurückzuführen ist, leben in Wohnungsverhältnissen, die vor dem Kriege niemand ertragen hätte und die auch jetzt nur mit Rücksicht auf die tatsächliche Unmöglichkeit der Wohnungsbeschaffung unter Resignation ertragen werden.

Trotzdem also für eine stark erweiterte Bautätigkeit vielfache zwingende Gründe vorliegen, verhindern eben andere, zurzeit nicht minder starke Gründe eine freie Entwicklung des Baugewerbes. Auf diese Ursachen und Hemmungen soll hier nicht näher eingegangen werden; denn das hieße das ganze gegenwärtige, im einzelnen und in seiner Gesamtheit so außerordentlich verworrene Wirtschaftssystem aufrollen. Jedenfalls besteht die Tatsache, daß die Bautätigkeit ihre eigentliche Aufgabe, den Menschen Wohnstätten zu errichten, nicht im entferntesten in dem Umfange erfüllen kann, als es im Bedürfnis liegt.

Dieses Bedürfnis ist nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere in den vom Kriege heimgesuchten Gebieten vorhanden. In Deutschland erklärt sich das gesteigerte Wohnungsbedürfnis aus dem jahrelangen Stillstand der Bautätigkeit und aus der nach dem Kriege eingetretenen Ueberbevölkerung. Der Verlust, den wir durch die Zerstörung von Wohnstätten erlitten, beschränkt sich auf das ostpreussische Gebiet und ist, nach dem Maßstab des Krieges gemessen, verhältnismäßig gering. Zudem sind die zerstörten Gebäude zum größten Teile schon während des Krieges wieder aufgerichtet worden.

Nordfrankreich aber, die eigentliche Stätte des Krieges, bietet ein Bild der Verwüstung. Von den Ententevertretern wird mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die dort von der deutschen Heeresleitung angeordneten Zerstörungen weit über den Rahmen der militärischen Notwendigkeiten hinausgehen, und dieser Umstand trägt wesentlich dazu bei, die Stimmung gegen uns weiterhin ungünstig zu beeinflussen. Diese Frage zu entscheiden, ist nicht unsere Aufgabe. Wir haben es lediglich mit der Tatsache zu tun, daß das nordfranzösische Kriegsgebiet ein Trümmersfeld ist, und daß bisher für den Wiederaufbau verhältnismäßig wenig geschah, obgleich hierfür doch zwingende kulturelle und wirtschaftliche Gründe vorliegen. Andererseits stellt die Entente Entschädigungsforderungen von so phantastischer Höhe an uns, daß ihre Erfüllung unmöglich ist. Wir haben nicht Geld genug und können auch nicht so viel Waren erzeugen, um den Anforderungen der Gegner zu genügen. Wo aber in hartem Grade eine Möglichkeit besteht, unsere Schuld durch Arbeitsleistung abzutragen, verhält sich Frankreich, unser Hauptgläubiger, durchaus ablehnend. Gegen den deutschen Vorschlag, das zerstörte Nordfrankreich mit deutschen Arbeitern wieder aufzubauen, machen sich in Frankreich hartnäckige privalkapitalistische Widerstände geltend. Aber es kommt letzten Endes darauf an, festzustellen, wie sich die französische Regierung zu dieser Frage stellt.

Es muß also in erster Linie auch seitens der an dieser Angelegenheit interessierten Arbeiterschaft darauf hingewirkt werden, daß eine Erklärung der französischen Regierung erfolgt. In der Sitzung vom 5. März dieses Jahres beschäftigte sich der Reichstag mit der Londoner Konferenz, in der bis zu diesem Zeitpunkt noch keine endgültige Entscheidung über die von Deutschland zu leistende Kriegsschadensentschädigung stattgefunden hatte. Für das Baugewerbe von höchstem Interesse ist die Rede, die der Abgeordnete Müller, Franken, der frühere Reichsminister, an diesem Tage hielt. Die Stelle, die sich auf die hier behandelte Frage bezieht, lautet nach dem Bericht der Tagespresse wie folgt:

„Wir sind die im Kriege Unterlegenen, und das schenken viele Leute in Deutschland zu vergessen. Dieses Unterliegen hat gewisse Konsequenzen für uns, und wir, die größte Partei der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, haben immer betont, daß wir alles tun wollen, damit diese Ruinen wiederhergestellt werden, an denen der Pazifik Europas sich immer wieder von neuem entzündet wird, solange sie bestehen. Es gibt sehr viele Mitglieder von Entente-Kommissionen aller Art in Deutschland. Es wäre einmal ganz angebracht, einige dieser Mitglieder nach dem wieder aufgebauten Ostpreußen zu führen, um ihnen zu zeigen, was deutsche Tapferkeit während des Krieges in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet hat, und wenn wir weiter daran die Erklärung knüpfen, daß wir in ähnlicher Weise namentlich in Nordfrankreich wirken wollen unter voller Berücksichtigung der Wünsche, die die Bevölkerung dort hat, und in gemeinsamer Arbeit freier deutscher und französischer Arbeiter, Angestellten und Architekten, so wird das ein Werk der Versöhnung werden, das seine Früchte in Europa tragen wird. Ich weiß, daß es in Frankreich Leute gibt, die das nicht wollen, Kriegsgewinnler, die die Gewinnchancen, die sie während des Krieges gehabt haben, auch über die Kriegszeit hinaus haben wollen. Aber wir wissen doch auch, daß diese Kriegsgewinnler dort drüben ebensowenig die Dieblinge des Volkes sind wie bei uns. Auf die kommt es nicht an. Es kommt in erster Linie auf die Masse der Geschädigten und insbesondere auf die Arbeitermassen an, insbesondere auf die organisierten deutschen Arbeiter, die sich immer und immer wieder bemüht haben, in Kontakt mit den französischen Arbeitern zu kommen, um ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm zustande zu bringen. Ich möchte da auf die Tatsache aufmerksam machen, die in den weitesten Kreisen Europas unbekannt zu sein scheint: Bis zum 17. Februar haben in Genf unter Vermittlung des Franzosen Albert Thomas, des Direktors des Arbeitsdepartements im Völkerbund, Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Bauarbeiterorganisation wegen des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs stattgefunden. Es liegt mir eine am 17. Februar gefasste gemeinsame Entscheidung vor:

Die Organisationen der Bauarbeiter Frankreichs und Deutschlands haben den Wunsch, an den Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs gemeinsam mitzuarbeiten. Sie erwarten, daß diese Arbeiten unerschütterlich wieder aufgenommen werden. Zu diesem Zwecke schlagen sie der französischen und der deutschen Regierung vor, unter eigener Kontrolle eine Arbeits- und Produktionsorganisation zu schaffen, die die Ausführung der Arbeiten übernehmen dürfte. Sie wünschen dadurch zu vermeiden, daß die Wiedergutmachung der erfolgten Schäden eine Quelle unberechtigter Gewinne werden kann.

Ich glaube, es ist Aufgabe der europäischen Regierungen, auf diese Entscheidung Rücksicht zu nehmen. Sie scheint aber dem hohen Räte der Entente unbekannt zu sein, sonst wäre es unbegreiflich, warum dieser Versuch der Anbahnung einer praktischen Lösung dieses an sich gewiß schwierigen Problems nicht im Vordergrund der Erörterung steht. Man möchte auch wünschen und verlangen, daß die deutsche Regierung in jeder Weise diese Bestrebungen fördert — Bestrebungen, bei denen die organisierte Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt als ein wichtiger Garant des Aufbaues wirken würde.“

Diese Rede verdient die ernsteste Beachtung seitens des deutschen Baugewerbes. Im Hinblick auf die großen Interessen, die hier für alle Bauhandwerker und für die mit ihnen im Zusammenhang stehenden Berufe in Frage kommen, ist es notwendig, daß es in dieser Angelegenheit einmal zu einer Entscheidung kommt. Frankreichs Allgemeininteresse an dem Wiederaufbau ist entschieden wichtiger als die Verschleppungsgründe französischer Spekulanten. Und dem deutschen Baugewerbe, das im eigenen Lande daniederliegt, wäre hier die Gelegenheit zu einer großartigen Tätigkeit gegeben, die zahlreichen Arbeitern Verdienstmöglichkeiten bietet und der Kultur und Kulturannäherung dienen würde.

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Nach dem Berliner Betriebsrätekongress, der den Anschluß der Betriebsräteorganisation an den ADGB beschloß, übernahmen die Gewerkschaften auch die Verpflichtung, für die stoffliche Organisation der Betriebsräte und deren Schulung Sorge zu tragen. In den Großstädten ist dieses auch zum größten Teil schon geschehen, hier galt es nur noch weiter auszubauen. Es ist dort, wo man durch eigene Initiative schon früher mit der Organisation begonnen, viel ersprießliche Vorarbeit geleistet worden. Wo nun diese auf eine bestimmte Höhe gelangten örtlichen Organe der Betriebsräte arbeiten, macht sich ein Mangel in der Organisation bemerkbar, der näher zu beleuchten notwendig ist. Ich will nicht vom Kopf der örtlichen Betriebsräteorganisationen, den Gruppenräten, sprechen, sondern von den Industriegruppenräten, deren Tätigkeit hauptsächlich in Baugewerbe mehr auf lokalem Gebiete liegt, inwieweit aber nur, als es sich um die Bautätigkeit im Kommunalverband handelt, seinen Einfluß besitzt, soweit deren Erzeugung nicht im Wirtschaftsbezirk des Gruppenrates liegt. Dies ist ein Grund, der die Notwendigkeit der Zentralisierung der Industriegruppenräte des Baugewerbes schnellstens bedingt, um dadurch den

Austausch der Erfahrungen der Industriegruppenräte zu ermöglichen. Wenn diese Zentralisierung geschaffen und die Wirtschaftsbezirke so eingeteilt sind, daß auch die Betriebsräte mit hineingezogen sind, wird es möglich sein, die verschiedenen Faktoren zu beseitigen, die Produktion zu hemmen und die Arbeitsmöglichkeit zu heben. Es gibt also Einseitigkeit in der Warenherzeugung und -verteilung, der Produktionskosten, die aber nur möglich sind durch die Mitarbeit der Betriebsräte aller Berufsorganisationen, von der Gewinnung der Rohstoffe bis zum bewohnten Hause usw. Durch alle diese Institutionen zur Ausarbeitung und Ausführung von Vorschlägen, Vorlagen, Richtlinien usw., die uns aus der heutigen Systemlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zur Bedarfswirtschaft, zum Sozialismus führen. Vorlagen, Eingaben an kommunale und staatliche Behörden, Richtlinien für Betriebsräte und Gewerkschaften von so konkreter Natur, daß sie den in Frage kommenden Berufen ein nicht mißzuverstehendes Arbeiten im Allgemeininteresse zur Pflicht machen.

Nun zur Industriegruppe der Bau- und Steinindustrie und die sie am meisten interessierenden Fragen unter besonderer Berücksichtigung unseres Berufes auf Grund der Erfahrungen, die ich als Gruppenrat gemacht habe. Ich habe schon auf die Notwendigkeit der Zentralisierung der Industriegruppen hingewiesen; hierzu kommen noch zwei Austausch der Erfahrungen die eventuell schon unternommenen Schritte zur Behebung der Industrie und anderer mehr. Ich habe schon durch Fühlungnahme mit dem Industriegruppenrat Chemnitz zum Beispiel gesehen, daß wir uns sinngemäß auf einem Wege befinden. Wie weit nun die Industriegruppen anderer Städte sind, zu erfahren, was für Mittel und Wege sie benutzen, um aus dieser Wirtschaftskrise zu kommen, ist notwendig. Wir Betriebsräte und unsere Organisationen haben doch die Aufgabe, die kapitalistische Wirtschaftsform und damit die ungesunde Arbeitslosigkeit, von der unser Beruf betroffen, zu beseitigen. Diesen Bestrebungen ist vor allem das Kleinmeisterium hinderlich, weil es auf Grund der Verhältnisse nicht einmal möglich ist, die wenigen Vorteile, die uns das Betriebsrätegesetz bietet, voll auszunutzen zu können. Die wenigen Betriebsräte und die Kollegen, die heute diese Vorteile nicht auszunutzen, schädigen sich und ihre Klassen Genossen. Jede Passivität bedeutet Hemmung, Rückschritt. Es muß also unsere Aufgabe sein, diese Kräftezerpflünderung zu unterbinden. Die Gewerkschaft drängt zum rentablen Großbetrieb und die Erfahrung hat gelehrt, daß er auch in unserm Beruf möglich ist. Es handelt sich bloß darum, will man das dem Privatkapital überlassen? Die Verhältnisse im Baugewerbe und sein Unternehmertum, das sich unfähig erweist, die Lage auf dem Baumarke zu heben, dem es nur möglich, durch Subventionen von Staat und Gemeinden, die aus Mitteln der Allgemeinheit aufgebracht werden, zu bauen, ebenso die heute in Bearbeitung befindlichen Gesetze, wie Mietsteuer und so weiter, zeigen, daß die Allgemeinheit die Mittel für den Wohnungsbau aufbringen soll und insoweit an der Verwendung dieser Mittel interessiert ist, daß sie nicht zur Bereicherung einzelner und zur Bildung weiteren Privateigentums dienen. Der Wohnungsbau ist nur möglich unter Aufwendung allgemeiner Mittel, dann muß derselbe aber auch unter Kontrolle der Allgemeinheit gestellt werden. Alles, was die Baukosten verteuert, muß ausgeschlossen werden (Unternehmerprofit, Zwischenhandel usw.), überhaupt alle Zwischenglieder. Das geeignetste Mittel dazu ist der Regiebau, ist die Übernahme des Bauwesens durch Staat und Gemeinde. Unter dieser Auffassung sind die Richtlinien des Leipziger Industriegruppenrates entstanden.

Die Verhältnisse wären für uns am Ort günstig, indem durch die Subventionen, bei denen das Unternehmertum sich untereinander verbündete und die Gewinne sicherte, das Bauamt sich veranlaßt sah, die von den Organisationen gemachten Vorschläge zu akzeptieren, trotz des Unsturms der Unternehmer und ihrer Vertreter im Stadtverordnetenkollegium, gemeinsam mit dem Rat der Stadt. In einer Eingabe am 18. September 1920 brachten wir unsere Forderungen in bestimmter Form zum Ausdruck.

Dieser Eingabe wurde von den beiden sozialistischen Parteien zugestimmt und dadurch der Widerstand der Bürgerlichen gebrochen. Der Rat trat den Beschlüssen bei und beauftragte einen Juristen mit der Organisation. Wir sahen uns aber, da die Regelung zu lange dauerte, und wir nicht, wie verlangt, zu Rate gezogen wurden, am 27. Januar 1921 genötigt, nochmals an die in Frage kommenden Institutionen mit einer Eingabe heranzugehen, deren Entscheidung beim Schreiben dieser Zeilen noch aussteht. Man sieht hieran, welchen Schwierigkeiten auch nur, den kleinsten Anfängen entgegengesetzt werden. Man muß die Mittel kennen, mit denen das Unternehmertum unsere Bewegung bekämpft. Es weiß, um was es geht und darum ist es unsere Aufgabe der Masse zu sagen, was ist. In gleichem Sinne ist unabhängig von uns, der Chemnitzer Industriegruppenrat vorgegangen. Wenn ich hier die Tätigkeit des Leipziger Industriegruppenrates illustriere, so, um Anregungen zu geben und zu empfangen. Ich hoffe, daß die Kollegen davon rechten Gebrauch machen werden.

Aus dem Vorstehenden können die Betriebsräte erkennen, wie vielfältig ihre Tätigkeit ist. In der Kleinarbeit nie das Ziel aus dem Auge verlieren, sondern an der Erreichung des Zieles arbeiten.

Notwendig ist daher, daß der „Vereins-Anzeiger“ stets darüber berichtet, was die Verbände des Baugewerbes unternehmen, um die Reichsregierung zu veranlassen, in vor-gedachtem Sinne zu arbeiten. Ebenso was die Reichsregierung unternimmt zur Hebung des Baugewerbes. P. J., Leipzig.

Aus unserm Beruf.

Blauenfi. W. (Filiakongress.) Am Sonntag, 13. März, fand im Gewerkschaftshaus unsere Filiakongress statt. Vertreten waren die Zahlstellen Reichenbach, Greiz, Auerbach, Oelsnik, Zeulenroda, Treuen, Falkenstein und Markneukirchen. Als Vertreter der Gauleitung war Kollege Meil aus Leipzig erschienen. Nach der üblichen Begrüßung durch den Vorsitzenden ergriffte der Kollege Köder den Jahres- und Klassenbericht. Daraus war zu entnehmen, daß auch das verfloßene Jahr wohl ein Jahr der Mühe und Arbeit war, aber kein Jahr des Erfolges, indem wir bei der anhaltenden Arbeitslosigkeit, die im Jahresdurchschnitt über 40 % betru... Mühe hatten, die Mitgliederzahl aufrechtzuerhalten.

Selbst in der Hochkonjunktur war es nicht möglich, wenn man nur vorübergehend, auf einige Wochen die Hälfte der Arbeiter in den Probierarbeiten einzustellen. Das sollte aber nicht zu tun, während auf das Organisationswesen ein besonderes Gewicht gelegt werden muß. Es ist deshalb der Forderung, daß die Arbeiter sich von der Zahl der Probierarbeiten frei zu machen. Zudem die Filialvereine bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen hat, wie notwendig es ist, wieder in geregelte Massenverhältnisse zu kommen, auch sie das meist taube Organ. Er schloß mit dem Wunsch, daß mit der neuen Beitragsreform, von der wir hoffen, daß sie eine innere Festigung unserer Finanzen herbeiführt, auch eine Festigung des inneren Organisationswesens bringe. Zum Punkt Beitragsreform führte der Kassierer, Kollege Köder, in kurzen Zügen den Anwesenden die bringende Reform unseres Beitrags- und Unterstützungswesens vor Augen, wie sie der Hauptvorstand und Beirat beschlossen hat. Kollege Meil weist im einzelnen nochmals auf die Vorteile hin, die den Kollegen speziell bei Streiks geboten werden. Einzelne Kollegen bemängeln die Vorlage und sprechen durch die Unterstützungseinrichtungen der Organisation den Kampfcharakter ab. Kollege Meil verteidigte diese Ansicht. Die Abstimmung ergab, daß alle Delegierten geschlossen für die Vorlage stimmten, die einen Beitrag von 8,50 M. vorsieht. Beträgt wurde beschlossen, den Beitrag für die Solalasse auf 1,50 M. zu erhöhen, und zwar so, daß 75 % in den Zahlstellen bleiben, wofür alle Ausgaben derselben selbst bestreiten werden, die andern 75 % an die Filiale abgeliefert werden, wofür die Filialausgaben gedeckt werden sollen. In dieser Weise nur ist es möglich, zu einer Gesundung der Finanzverhältnisse innerhalb der Filiale zu kommen. Bei der Wahl des Vorstandes werden dem bisherigen Vorstehen sowie dem Kassierer das vollste Vertrauen für ihre Tätigkeit ausgesprochen und erfolgte einstimmige Entlastung sowie Wiederwahl. Nachdem unter Punkt „Verbandsangelegenheiten“ Fragen internen Art besprochen worden waren, schloß der Vorstehen nach fünfstündiger Beratung mit einem Appell an die Delegierten, fernum ihre Pflicht gegenüber der Organisation zu erfüllen, die gleichen gerichtet gegen jedwede Spaltungversuche zu sein, die Kongress. Mögen nun auch die andern Kollegen des Filialgebietes in diesem Sinne mit uns arbeiten, dann glauben wir bestimmt, daß am Jahresluß auf ein befriedigendes Ergebnis zurückgeschaut werden kann.

Hamburg. Am 17. März nahm eine überaus stark besuchte Mitgliederversammlung zu der Frage Stellung: Soll das Lohnabkommen vom 28. Dezember 1920 gekündigt werden? Einleitend berichtete der Vorstehen, daß die Versammlung der Betriebsleute, die sich auftragsgemäß mit der Frage beschäftigt habe, der Mitgliederliste die Kündigung empfehle. Zu demselben Entschluß ist auch die Vertreterversammlung gekommen. Die Durchführung der Lohnbewegung könne allerdings nur auf zentraler Grundlage geschehen. Das enthebe uns jedoch nicht der Pflicht, unsere Tätigkeit für die innere Festigung der Organisation zu verdoppeln, um unsern Verbandsvertretern und unsern Forderungen bei den Verhandlungen größtes Gewicht zu geben. Die Aussprache, an der sich die Kollegen in großer Zahl beteiligten, brachte die stets wiederkehrende Darstellung, wie unzureichend die heutigen Abnehmer auch die nur vorübergehende Senkung der Preise für einige Lebensmittel könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die kommende Zeit eine weitere Erhöhung der Lebenshaltung eintreten wird. Die Steuerlasten, die das deutsche Volk noch aufgebürdet bekommt (veranlaßt durch die Friedensdiktat der Entente), werden zum weitaus größten Teil die breiten Massen der Verbraucher tragen müssen. Die Versammlung faßte einstimmig folgende Entschlüsse: „Die heutige Mitgliederversammlung beschließt, beim Hauptvorstand die sofortige Kündigung des Lohnabkommens vom 28. Dezember 1920 zu beantragen. Die Versammlung sieht davon ab, bestimmte Forderungen zu stellen, sie ist jedoch der Meinung, daß eine Lohnerhöhung von 1 M. das mindeste ist, um den Lohn den Zeitbedürfnissen entsprechend zu gestalten.“ Mit großer Mehrheit beschloß dann die Versammlung, entsprechend dem Antrag des Verbandsvorstandes und Beirats, den Filialbeitrag auf 8 M. beziehungsweise 5 M. für die Zahlstellen außerhalb des Lohngebiets Groß-Hamburg zu erhöhen. Von mehreren Kollegen wurde die unabwiesbare Notwendigkeit betont, die Organisation auch finanziell zu kräftigen, damit sie allen Anforderungen, die vielleicht früher, als allgemein geglaubt wird, an sie herantreten werden, gewachsen sei. In Anbetracht dessen, daß immer noch eine erhebliche Anzahl von Arbeitslosen vorhanden ist, beschloß die Versammlung weiter, daß die Kollegen gehalten sind, keine Ueberstunden, soweit sie nicht unumgänglich sind, zu leisten. So zeigte die Versammlung gegenüber den zeitlichen Aufgaben des Verbandes entschlossene Einmütigkeit. Eine Erziehung, die sich gegen Schluß der Versammlung zu ergeben schien, wurde resolut überwunden. Die Versammlung befandete so den Willen der Kollegen, unter Ablehnung aller gewerkschaftsfremden Einwirkungen zum festen innigen Zusammenschluß zu gelangen.

Nach Dennis Rejert.

Die kommunistische Wochenschrift zur Verleumdung und Unterminierung der Gewerkschaften druckt die von unserm Beirat angenommene Resolution gegen die Zerstückelung der kommunistischen Partei ab (allerdings nicht in ihrer endgültigen Fassung) und verliest sie mit einigen Worten. Der Berichtstatter, ein Mitglied unseres Beirats, wagt auch hierbei, daß er nur durch Verhweigen und Verdrehen der Wahrheit, durch illegale Methoden und anderen schöne Mittel zu seinem erhabenen Ziele kommen kann. So heißt es, der Vortrag über die Aufgaben unseres Verbandes habe in keiner Hinsicht von dem üblichen Bestammel der Gewerkschaftsbürokraten abgesehen. Die amerikanische Gewerkschaftsinternationale — nach Überwindung die einzige aktionsfähige Internationale — sei eine Verräterversammlung, eine Leichenkammer, aus der nur Gestank komme. Bei der Abstimmung hätten nur 8 Kommunisten gegen 25 Stimmen auf der andern Seite gestanden. Dadurch sei die Feigheit der U.S.P.D.-Genossen klar zutage getreten. Es macht sich ausgezeichnet, wenn jemand andern Feigheit vorwirft, der es in der Beiratsitzung ableugnete, daß

Wichtig als Vorkämpfer der kommunistischen Bewegung in unserem Verbande sei und Scheitern in unserm Kampf anlege, die unsere Gewerkschaften in der schärfsten Weise zu paralysieren, sich aber dann zu einem Geständnis zwingen zu lassen, als ihm ein selbstherrliches und verwerfliches Verhalten vorgelegt werden konnte, auf dem schwarz auf weiß steht, daß er aus Freiheit läge. Um aber doch noch in diesem Sinne zu erscheinen, nannte er die Kollegen, die im Vorstand pflichtgemäß von den Treibern dieses schändlichen Unterwerfs hatten, Spittel und Schulte... Nach diesen Feststellungen erwidert er sich, näher zu sagen, was von der Behauptung zu halten ist, unser Verband habe erklärt, daß nur durch eine Erhöhung der Löhne eine Steigerung der Konjunktur eintreten könne. Ist dies auch, so lange die Privatwirtschaft eine Krisenperiode durchläuft, so soll die aus diesem Zusammenhang herausgerissene Behauptung natürlich den Tatsachen entsprechen, als sei der Wirtschaftserfolg durch die Erhöhung der Löhne der Hauswirte das Maß zu werden. Natürlich ist das Gegenteil der Fall, was schon aus der Tatsache erhellt, daß die von uns verbesserte praktische Sozialisationsarbeit durch die bäuerlichen Arbeiterverbände, die die Verteuerung der Mieten steuern, dem kommunistischen Reichstagskandidat bekämpft wird. Es geht ganz zu dem Kontext dieses Reichstagskandidats, der in einer Versammlung unserer Ortsvereine Kollegen, die nicht niedrigergehängte infame Verleumdung wiederholte, die kommunistische Internationale werde vom Völkerverband oder, man sich auch ausdrücken beliebt, von den internationalen Klassen unterführt.

Ladlerer.

Verhandlungen in der bayerischen Metallindustrie. Das seit November 1919 bestehende Kollektivabkommen für die Städte München, Nürnberg, Augsburg und Regensburg wurde am 1. Februar 1921 nach vorheriger Kündigung abgelaufen, wurde aber, da sich gleich anfangs der neuen Verhandlungen Schwierigkeiten ergaben, um 2 Wochen verlängert. Am 8. Februar verhandelten die Parteien in Augsburg unter sich, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. Die Unternehmer lehnten jede Lohnerhöhung ab, während von den Ladlerern eine Reihe von Verbesserungen, Beseitigung der Lohnunterschiede, Verminderung der Lohngruppen usw. und eine erhebliche Erhöhung der Löhne um 1 M. verlangt wurden. Eine nochmalige Verlängerung des Tarifs ohne Lohnerhöhung konnte von den Arbeitern nicht eingegangen werden. Deshalb wurde das Ladlererabkommen am 12. Februar überraschenderweise den Termin schon für den 12. Februar angesetzt, diesen aber auf Einspruch der Metallarbeiter eine Woche verschoben. Am 18. und 19. Februar fanden die bisher schwierigsten Verhandlungen statt, bei denen die Frage des Preisabbaues eine hervorragende Rolle spielte. Da die Industrie dabei wieder einmal am Sterben lag, sei nur nebenbei erwähnt. Das Ergebnis war folgender Schiedsspruch:

Das Schiedsgericht nimmt von sich aus eine Aenderung des Kollektivabkommens vom 24. November 1919 und des Nachtrages vom 18. Dezember 1920 nicht vor. Es hält im Hinblick auf die gegenwärtigen unsicheren Verhältnisse eine Wiederherstellung beziehungsweise eine Erneuerung des Kollektivabkommens im Interesse des wirtschaftlichen Friedens erforderlich. Dagegen erweist das Schiedsgericht die Zulage des § 1 des dritten Nachtrags durch folgende Regelung: Alle in den Betrieben der beteiligten 8 Ortsgruppen des Verbandes bayerischer Metallindustrieller beschäftigten, unter dem Kollektivabkommen vom 24. November 1919 fallenden Ladlerer und Arbeiterinnen erhalten für jede geleistete Arbeitsstunde nachfolgende Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. Februar 1921 an:

- Arbeiter, ledig: von 16 bis 18 Jahren 1 M., bisher 80 S., über 18 bis 21 Jahre 1,55 M., bisher 1,25 M., über 21 bis 25 Jahre 2 M., bisher 1,70 M., über 25 Jahre 2,20 M., bisher 1,80 M.
- Arbeiter, verheiratet: in jedem Alter 2,85 M., bisher 2,35 M.
- Arbeiterinnen: von 16 bis 20 Jahren 1 M., bisher 80 S., über 20 Jahre 1,80 M., bisher 1 M.
- Lehrlinge: a) bei vierjähriger Lehrzeit: im ersten Lehrjahr 40 S., bisher 25 S., im 2. Lehrjahr 45 S., bisher 30 S., im 3. Lehrjahr 50 S., bisher 40 S., im 4. Lehrjahr 55 S., bisher 50 S.; b) bei dreijähriger Lehrzeit: im ersten Lehrjahr 40 S., bisher 25 S., im 2. Lehrjahr 50 S., bisher 35 S., im 3. Lehrjahr 70 S., bisher 50 S. — Die Lehrlinge derjenigen Betrieben, welche dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie in München angehören, haben ebenfalls Anspruch auf die Mehrzulage.

Begünstigt der von den Parteien selbst als Härte empfundenen und zum Ausgleich möglichen Punkte empfiehlte das Schiedsgericht den Parteien, diese in gemeinsamer Verhandlung unter sich zu erledigen. Den Parteien wird zur Abgabe einer Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches Frist bis einschließlich 2. März 1921 gewährt. Während der Schiedsspruch von den Unternehmern abgelehnt wurde, nahmen ihn die Arbeiter an und beantragten die Verbindlichkeitsklärung. Zu diesem Zwecke fanden nachmals Verhandlungen statt. Der Versuch des Vorstehenden, den Parteien eine Einigung zustande zu bringen, mußte scheitern, weil die Vertreter der Metallindustriellen von einem hartnäckigen Standpunkt nicht abzubringen waren, während sich die Arbeiter von den Arbeitern nicht veranlassen ließen, von den sehr niedrigen Zulagen noch etwas abzunehmen zu lassen. Der Schiedsspruch des 19. Februar wurde hier am 18. März für verbindlich erklärt. Öffentlich ist die Bewegung damit zum Abschluß gebracht und der Friede in der bayerischen Metallindustrie für einige Zeit gesichert. Dazu noch einige Bemerkungen:

Unsere unter dem Kollektivabkommen stehenden Kollegen hatten seit langer Zeit darüber, daß der Verband nicht als Fortschritt zugelassen wurde. Die Bezirksleitung hat sich bemüht, dem Rechnung zu tragen, konnte aber so wenig wie andere Verbände damit durchbringen. Der Deutsche Metallarbeiterverband und auch der Verband bayerischer Metallindustrieller stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Abmachungen nur mit den Metallarbeiterverbänden getroffen werden. Wir hatten die Möglichkeit, an den Verhand-

lungen mit teilzunehmen und unsere besonderen Forderungen mit einzubringen, was denn auch geschah. Verlangt wurde die Einziehung in die Gruppe der Qualitätsarbeiter, Stellung von Geisse, Nagelbürsten, Handluchern und Lederseibern sowie deren Reinigung durch die Firma, außerdem zweimal täglich eine Waschpause. Wie aus dem Schiedsspruch ersichtlich, wurde am Verträge selbst nichts geändert, und so kamen auch diese Forderungen gleich denen anderer Verbände nicht zur Entscheidung. Man dürfte gut tun, das, was hier nicht möglich war, nun in den einzelnen Betrieben zur Durchführung zu bringen, wobei uns zustatten kommt, daß in mehreren großen Betrieben neben den anderen Dingen die Lederseiber von der Firma gestellt und auch gereinigt werden. Die Betriebsräte der Metallarbeiter — so wurde uns wenigstens berichtet — wollen uns dabei unterstützen. Unsere Ladlererkollegen möchten wir aber auch von dieser Stelle aus den Rat geben, sich nicht wie bisher von den anderen Berufen an die Wand drücken zu lassen. Dann wird es auch uns möglich sein, immer mehr Einfluß zu gewinnen. Die sprichwörtlich gewordene niedrige Einkämpfung der Maler- und Ladlererarbeiten muß allmählich verschwinden.

Gewerkschaftliches.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gegen die wilde Streikbewegung.

Der Bundesausschuss des ADGB. nahm in seiner Sitzung vom 28. März folgende Entschließung an: Die Streikbewegung im mitteldeutschen Industriegebiet, die von kommunistischer Seite zu politischen Zwecken vom Raun gebrochen ist und die man jetzt zu einem Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft ausdehnen bemüht ist, bedeutet eine schwere Gefährdung für die gesamte Wirtschaft, worunter die Arbeiterschaft selbst in hohem Maße leiden muß. Der Bundesausschuss des ADGB. legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Bewegung nicht zu tun hat mit gewerkschaftlichen Bestrebungen und einzig und allein von der Absicht geleitet ist, katastrophale Situationen zu schaffen. Die Gewerkschaftsleitungen haben die Arbeiterschaft schon wiederholt gewarnt, solchen kommunistischen Parolen zu folgen, und sie können diese Warnung angeht die gegenwärtigen Generalstreikbewegung nur auf das dringendste erneuern. In den gewerkschaftlichen Organisationen darf diese Streikthese keinerlei Rückgrat finden.

Zur Volksabstimmung in Oberschlesien beschloß der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Kundgebung:

Der Bundesausschuss des ADGB. begrüßt den Ausfall der Volksabstimmung in Oberschlesien als einen Beweis, daß die große Mehrheit der Bevölkerung dieses Industriegebietes selbst von der Notwendigkeit des Verbleibens beim Deutschen Reich überzeugt ist. Der Bundesausschuss spricht die Erwartung aus, daß der Wehrheitswille der oberschlesischen Bevölkerung auch von den alliierten Mächten respektiert wird und Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibt. Jede Zerstückelung Oberschlesiens würde nicht nur Deutschland in seinem Wiederaufbau und in der Erfüllung seiner im Friedensvertrage übernommenen Verpflichtungen aufs schärfste hemmen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung der dortigen von Deutschland abgetrennten Gebiete gefährden und die sozialpolitischen Errungenschaften der betroffenen Arbeitnehmer vernichten. Der Bundesausschuss hat mit Entrüstung Kenntnis genommen von den auch nach der Abstimmung fortgesetzten polnischen Terrorhandlungen gegen deutsche Gewerkschaftler, die sich vergeblich um ausreichenden Schutz an die internationalen Kommissionen gewandt haben und nunmehr in einem öffentlichen Aufruf an die gesamte Bevölkerung appellieren müssen. Der Bundesausschuss versichert die Gewerkschaften Oberschlesiens seiner tatkräftigsten Hilfe und wird geeignete Schritte unternehmen, um den bedrohten Brüdern den erforderlichen Schutz zu sichern.

Erhöhung des Beitrages im Lithographenverband durch Abstimmung beschlossen. Die immer stärker werdenden Ansprüche an die Finanzen des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe sowie die Feststellung, daß sich die Rücklagen fortwährend verringern, veranlaßten den Verbandsvorstand und Verbandsbeirat, die Mitglieder über eine Erhöhung des Beitrages zu befragen. Beantragt wurde, den Beitrag für männliche Mitglieder um wöchentlich 2 M., also auf 6 M., und für weibliche Mitglieder um 1 M., also auf 2,70 M., zu erhöhen. Außer einer Erhöhung der Streikunterstützung war keinerlei Erhöhung irgendwelcher Unterstellungen als Gegenleistung in Ansatz gebracht worden. Die so ausgeschrieben und nach den Bestimmungen des Statuts nur in besonders dazu einberufenen Versammlungen mögliche Abstimmung ist beendet. 5048 Kollegen entschieden für die vorgeschlagene Erhöhung, 2077 Kollegen dagegen. Der erhöhte Beitrag gilt nunmehr vom 8. April an. Die gleichzeitig mit zur Abstimmung gestellte Frage, ob den Lithographen in der Porzellanindustrie in Innungsbetrieben ob ihrer geringen Löhne die Organisationsmöglichkeit zu dem bisher geltenden Beitrag von 3 M. in der Woche bei gestützten Unterhaltungsfragen gegeben werden soll, beantworteten 4088 Kollegen mit „Ja“ und 1898 Kollegen mit „Nein“ bei 573 Stimmenthaltungen. Diese Abstimmung war von grundsätzlicher Bedeutung deshalb, weil bisher für männliche Vollmitglieder der Einheitsbeitrag galt.

Sozialpolitisches.

Die in den Kommunalverbänden errichteten Demobilisierungsausschüsse werden bis zum 31. März 1921 aufgelöst. Die Landeszentralbehörde oder die von ihr zu bezeichnende Stelle kann jedoch die einem Demobilisierungsausschusse verbleibenden Aufgaben einem andern Ausschuss übertragen, unter dessen Mitgliedern sich eine gleiche Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern befinden muß. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt, zu welchem das Amt der Demobilisierungskommissare durch die Landeszentralbehörde aufzuheben ist. Die Anordnungen der Reichsministerien und der übrigen Demobilisierungsbehörden auf Grund der die wirtschaftliche

Demobilisierung betreffenden Befugnisse treten mit dem 31. März 1921 außer Kraft, sofern nicht durch Gesetz oder besondere Anordnung ein früherer Zeitpunkt bestimmt ist. Während der Zeit der Demobilisierung ist in Wirklichkeit für die Arbeiter eine Beschränkung der Freizügigkeit eingetreten. Um den Zuzug ortsfremder Personen von den Großstädten mit Rücksicht auf die dort herrschende große Arbeitslosigkeit noch fernzuhalten, steht wohl die Verordnung an Stelle des Demobilisierungsausschusses einen andern Ausschuss vor. Wichtig ist, daß dieser zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt werden muß. Auch für die Zukunft ist unsern Kollegen noch der bringende Rat zu erteilen, vor der eventuellen Abreise nach einer andern Stadt bei den Filialen oder Bezirksleitern Erkundigungen über die dortigen Arbeitsverhältnisse einzuziehen.

Nachrichten für Auswanderer. Die Auswanderung über Triest ist bis auf weiteres gesperrt wegen Ausbruch des Flecktyphus.

In Schweden ist die Auswandererzahl wieder in langsamem Steigen begriffen, nachdem sie während des Krieges erheblich zurückgegangen und im Jahre 1918 sogar hinter der Einwandererzahl zurückgeblieben war.

Einreisegesuche nach der Türkei, für die noch immer die internationalisierte Militärkommission zuständig ist, sind bisher von dieser ausnahmslos abgelehnt worden. Durch den von der nationalistischen Richtung in Ungarn von neuem entfesselten Krieg sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch schlechter geworden, als sie ohnehin schon waren.

Die japanische Auswanderung nach Brasilien wird von dem brasilianischen Staate Sao Paulo sehr kräftig gefördert. Damit wird den zumwandernden europäischen Elementen das Fortkommen naturgemäß nicht erleichtert. Viele der japanischen Einwanderer sollen dauernd in Brasilien bleiben.

Transkaukasien als Auswanderungsland. Nach einem Bericht des italienischen Bolletino della Emigrazione, den das Nachrichtenblatt auszugswise wiedergibt, eignen sich die drei transkaukasischen Republiken Georgien, Aserbeidschan und Armenien sowohl nach Klima und Naturschätzen einerseits, Entwicklungsmöglichkeiten andererseits, ausgezeichnet für die Anstellung zahlreicher europäischer Auswanderer. Leider sind zurzeit die Verhältnisse dieser Staaten noch nicht so günstig, daß sie jetzt schon für eine Auswanderungsmöglichkeit in Frage kommen könnten. Zur Erschließung der vorhandenen Naturschätze und Kräfte seien im besonderen bedeutende ausländische Kapitalien notwendig, da die Länder selbst arm sind. Die Lebenshaltung der heimischen Arbeiterschaft wird als äußerst kaffend geschildert. Nirgends soll man so viel Bettler sehen wie in diesen Ländern.

Auswanderern nach Brasilien, besonders Nordbrasilien, ist zu empfehlen, Arbeitsverträge mit dortigen Firmen vom brasilianischen Konsul beglaubigen zu lassen, da sie nur dann rechtliche Geltung haben.

Im südbrasilianischen Staate Santa Catharina verfügt die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft über ausgedehnte Siedlungsflächen. Auskünfte erteilt die Hanseatische Kolonisationsgesellschaft in b. H., Hamburg 8, Gröningerstraße 19.

Chile soll nach neueren Nachrichten einer nicht allzu zahlreichen Einwanderung Deutscher nicht ungünstige Aussichten bieten. Allerdings gilt auch hier, was für die Auswanderer nach Südamerika im allgemeinen gilt: Der Auswanderer darf nicht europäische Ansprüche mitbringen.

Auswanderer nach Paraguay erhalten Auskünfte vom Deutschen Volksbund für Paraguay (Aktion, casilla de correo 77).

Genossenschaftliches.

Ein gutes genossenschaftliches Beispiel. Die Konsumanstalt der Metallfirma Carl Zeiss, Jena, die sogenannte Lebensmittelabteilung, in der hauptsächlich ein Kriegskind, hatte während des Krieges die Aufgabe, die für die Arbeiter der Fabrik zugewiesenen Lebensmittel zu verteilten. Sie existierte jedoch auch nach dem Kriege weiter und hat noch im Vorjahre in 10 Jenaer Verkaufsstellen einen Umsatz von 18 Millionen Mark erzielt. Die Arbeiter der Firma Carl Zeiss sind gleichzeitig Mitglieder der Konsumgenossenschaft „Thüringen“ in Jena, die keine Gelegenheit vorübergehen ließ, diese Zersplitterung der Kaufkraft ihrer Mitglieder ins rechte Licht zu rücken. Auch dem Betriebsrat der Firma Carl Zeiss gebührt das Verdienst, die Sachlage richtig erkannt zu haben. Er wurde wegen Auflösung der Lebensmittelabteilung bei der Geschäftsleitung der Firma vorstellig. Dem mehr hat der zuständige Geschäftsleiter, Herr Dr. Max Müller, ein hervorragender Kenner des Wirtschaftslebens, langjähriger Freund und Mitarbeiter Ernst Abbes und als solcher auch Freund der Konsumvereine, die Auflösung für den 30. März verfügt. Die nicht unerheblichen Warenbestände werden teils ausverkauft, teils übernimmt sie die Großeinkaufsgesellschaft und teils die Konsumgenossenschaft „Thüringen“, letztere in Kommission. Es wäre ein großer Gewinn für die Konsumvereinebewegung, wenn dem Beispiel der Konsumanstalt Zeiss noch andere folgen würden; den Betriebsräten in Orten mit gleichen Verhältnissen erwächst hier eine dankbare Aufgabe.

Vom Ausland.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen die „Sanktionen“. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner Sitzung am 14. und 15. März folgende Entschließung an:

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß der Abbruch der Verhandlungen in London eine sehr kritische Situation geschaffen hat.

Ueberzeugt von der Berechtigung der Wiedergutmachungen sowie von der Tatsache, daß der Wiederaufbau der verödeten Gebiete ein unbedingtes Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Wiederherstellung des wahren Friedens darstellt, erklärt er, daß diese Resultate nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder erzielt werden können.

Daher kann der Internationale Gewerkschaftsbund es nicht zugeben, daß Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, die diese Probleme nicht zu lösen vermögen.

Unstatt die Sache der Wiedergutmachungen zu fördern, verlängert die Ausübung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Militarismus, neue Kräfte zu sammeln, den Kampf unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln.

Die Anwendung einer solchen Politik kann nur dazu führen, die Gefahren zu vervielfältigen, die abzuwenden Pflicht der Arbeiter aller Länder ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß das Scheitern der Unterhandlungen in London das Werk der kapitalistischen Diplomatie ist, die, nachdem sie den Krieg provoziert hat, nicht imstande ist, den Frieden zu sichern, und erklärt, daß, im Gegensatz zu dieser Haltung, auf der Grundlage der Prinzipien, die auf dem Londoner Internationalen Gewerkschaftskongress festgelegt wurden, zwischen den verschiedenen Ländern Übereinkommen abgeschlossen werden können, damit die verwüsteten Gebiete in möglichst kurzer Zeit neu aufgebaut und die materiellen und moralischen Spuren des Krieges endlich ausgeblendet werden.

Er nimmt die von den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen der dringende Wunsch der deutschen Gewerkschaftsorganisationen ausgesprochen wurde, für den Wiederaufbau zu arbeiten.

Er bewilligt, daß das Genfer Übereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden dieser Allianz als Grundlage zu dienen hat.

Um die Durchführungsmodalitäten dieses Übereinkommens festzusetzen, wird eine spezielle Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den betreffenden Ländern für den 31. März dieses Jahres nach Amsterdam einberufen werden.

In dem Bestreben, den völligen Frieden schnellstens wiederherzustellen, und angesichts der einander widersprechenden Erklärungen der Sachverständigen beider Parteien, schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine unparteiische Enquete abgehalten werde, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern — nötigenfalls durch Schiedsgericht — eine Übereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die Wiedergutmachenden Schäden als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldenstaates betrifft. Bis zu der endgültigen Regelung soll eine von legennantem Lande auszunehmende internationale Anleihe die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues unverzüglich in Angriff genommen werden können.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß der Weltfrieden nicht von einer militärischen Besetzungspolitik abhängig gemacht werden darf. Er fordert, daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichte und daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Verwirklichung einer Politik der Wiedergutmachungen ermöglicht und eine Bürgschaft bieten kann für den Frieden durch die Arbeit.

Verschiedenes.

Die Künstler der neuen Reichsbanknoten. Die neuen deutschen Banknoten zu 100, 50 und 10 M. sind zur Ausgabe gelangt. Da es bei Aufgaben dieser Art von den betreffenden Reichsbehörden nicht üblich war, die entwerfenden Künstler ihre Arbeiten signieren zu lassen — übrigens findet man auf dem Zehnmarkschein trotzdem das Künstlermonogramm in ornamentaler Verwendung —, so seien die Entwerfer der neuen Geldscheine hier genannt. Der neue Hundertmarkschein, mit dem Kopf des Bamberger Reiters, stammt von G. W.

Sabank vom Berliner Kunstgewerbemuseum, der Fünfzigmarkschein, in Kupferdruck hergestellt, geht auf einen schon im Kriege entstandenen Entwurf von Professor Arzur Kampf zurück, und den Zehnmarkschein entwarf Markus Behmer.

Literarisches.

Protokoll der Verhandlungen des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands. Abgehalten vom 6. bis 7. Oktober 1920 zu Berlin. Verlag: Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Berlin SO 16.

„Die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft“, von Otto Hue (Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68), Preis 1 M., ist eine Schrift des Kampfes und der Warnung, die jeder Parteigenosse, insbesondere der agitatorisch tätige, kennen muß. Sie gehört zu dem Besten, was über die Frage der Kohlensozialisierung überhaupt geschrieben worden ist.

„Die Glode.“ Herausgegeben von Marxus. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68. Preis der Einzelnummer 1,50 M. „Die Glode“ erscheint wöchentlich.

Die Märznummer der „Betriebsrätezeitung“, herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, liegt vor. Eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Fragen wird in dieser Zeitung in einer Form behandelt, die das lebhafteste Interesse der Leser fesselt. So untersucht ein Beitrag die Frage: „Brauchen wir Unternehmer?“, andere „Realcredit und Wohnungswesen“, „Warenhandel und Warentausch“, „Arbeitsgesellschaft und Individualismus“, „Drei Industriebegründer“, Sartori, Boderill, Eli Whitney. Die umfassende „Wirtschaftliche Rundschau“ beleuchtet in kurzen Einzelberichten die Lage der Weltwirtschaft und dient der wirtschaftsgeographischen Schulung. Zu dem Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte nimmt ein Gewerkschafter Stellung. In dem Abschnitt „Betriebswissenschaft“ wird der Abschluß der Konten der doppelten Buchführung behandelt. Die „Betriebsrätezeitung“, die in einer Auflage von 125 000 Exemplaren erscheint, erfreut sich, wie die ständig steigende Auflage zeigt, wachsender Beliebtheit. Jeder vorwärtsstrebende Arbeiter sollte sie ihm hier vom ADGB gebotene Gelegenheit, sich das Mittelzeug für die wirtschaftliche Schulung beschaffen zu können, Gebrauch machen. Jedes Postamt nimmt Bestellungen zum Preise von 3 M. vierteljährlich entgegen.

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. Am 10. März starb unser Kollege Bernhard Böhler im Alter von 55 Jahren zu Oberrad.
Am 11. März starb unser Kollege Wendelin Werner im Alter von 58 Jahren zu Offenbach a. M.
Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 3. bis 9. April 1921 ist die 14. Beitragswoche.

Nr. 12 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

Anzeigen

Berlin-Charlottenburg. Wegen Verlaufs des Lottenburger Volkshauses findet sich die Zahlstelle ab 11. April 1921 an der Restaurant, gegenüber der Badeanstalt. Zahlabend Montag von 7 bis 8 Uhr.

Tüchtige Holzmaler nach Robert Oldenbruch suchen werden. Angebotsvermittlung, Lottent.

Lehrkurse für moderne Holzmalerei auch neuere, besonders naturgetreue und stilvolle Tischmalerei nach den patentierten Arbeitsmethoden von Robert Oldenbruch werden an allen größeren Plätzen eingeführt.

Im April 1921 finden in Dresden und Breslau achtstägige Kurse statt. Einmalige Vergütung 120 M. Unterricht Druckarbeiten und andere Kunstfertigkeiten. Reich ausgestattete Lehrbücher mit 48 Schwarz- und farbigen Tafeln für die Anfertigung der gebräuchlichsten edlen Holz- u. Wärmere gegen Nachnahme von 5,00 M.

Robert Oldenbruch, Farbenfabrik Pleißfeld 1, Sachsen. Vertretung und Fabriklager für die Antikmalermalerei Dresden und Bautzen: Markt 112, Dresden, im Pöppel 26.

Emallelack 1. innen u. außen 25 M. p. kg extrahell, teerfrei 10 „ „ „
Firniseratz Pro bekann von 2/ und 3 kg Inhalt gegen Nachnahme.
Chemische Fabrik Rud. Oehke, Berlin SO 101, Telefon: Moritzplatz 1708. Lübbener Straße 1.

Geld verdienen in schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigter oder im Ruhestand. Ich habe einen Weg gefunden, der sich sofort ohne Buchhabenspausen auf Anfertigung von Brillant-Edelsteinmalereien sowie auch zur Herstellung von Platinmalereien aller Art anwenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchhabenspausen kann jedermann sofort die faubereiten Glas- und Platinmalereien herstellen. Besonders hervorzuheben sind die ganz neuen Aluminium-Edelsteinmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Borehendes sind. Ganz tolle Buchhabenspausen, bestehend aus 16 Doppelaluminium (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 4 verschiedenen Größen von 1/ bis 2 cm) sowie Säulen, Beiden und Verzierungen in 4 verschiedenen Größen, nebst fertigem Kristallglas in Werte von 20 bis 50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 21 M. gegen Nachnahme.
Albin Rutenmacher, Maler, Olden im Adelshaus.

Jeber Kollege Der Dekorationsmaler
2 frühere Posten mit 12 feinsten Farbenarten. Preis 6 M. bei Voranschuldung des Betrags.
Eckstein-Verlag, München 89.


Kernleder-Doppelsohlen
aus prima, einwandig geformten Schieberhäuten gefertigt. Gehe ab bis auf weiteres zu den folgenden billigen Preisen pro Paar:
1. Qualität:
Gerron 16,50, Damen 14, Kinder 11.
2. Qualität:
Gerron 14,50, Damen 12, Kind 8,50.
3. Qualität:
Gerron 12, Damen 10, Kinder 7.
Verlauf per Nachnahme. Porto und Verpackung wird berechnet. Nichtgefallendes nebst jederzeit retour. Die Herren Kollegen und Betriebsräte, die Sammelbestellungen bevorzugen, erhalten Prozente.
Lor. Port. Goldschmiedewerk, Gießing 6, München

Emallelack pro kg für außen und innen, 25 und 22 M.
Nickenholzlack, hell, 28 M.
Trocken-Farben, billigst
Hofort: Helmman, Altona a. d. E., Schulterblatt 53 B.

Wilhelm Walter
Öle, Lade, Seime
Stilvolle Bezugswerte für Maler und Lackierer.
Hamburg: Bartelstraße 72, Geschäftst. von 9/ bis 7 Uhr.

Tetralin, ein deutsches Lösungsmittel von stets gleicher Beschaffenheit, billig in der Verwendung zum Lösen, Verdünnen, Abwaschen usw., usw.

Auskunft erteilt Tetralin G. m. b. H., Berlin W 8.



Teilschuldverschreibungen

der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg

Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mark

Verzinsung im Jahr

5 1/2 %

Gedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52